



Petra Merkel, MdB

Newsletter *** Newsletter *** Newsletter

— **Ausgabe: 12/2006**

PETRA MERKEL.... ZIEHT BILANZ

Am Ende eines Jahres wird auch gerne Bilanz gezogen – dies hab ich auch wieder getan. Meine Bilanz des Jahres 2006 liegt druckfrisch vor... Gerne schicke ich sie Ihnen zu!

— Ich wünsche Ihnen schöne Feiertage, fröhliche Weihnachten und ein friedliches Jahr 2007! Ganz persönlich wünsche ich Ihnen Gesundheit und viel Zeit für sich und wichtige Menschen.

Aus dem Bundestag

In der letzten Sitzungswoche in diesem Jahr wurden noch wichtige Vorhaben vom Deutschen Bundestag auf den Weg gebracht: z.B. die Initiativen 50plus und die Rente mit 67, die in erster Lesung behandelt worden sind.

FÖDERALISMUSKOMMISSION II

Am Freitag haben wir eine neue Föderalismus-Kommission eingesetzt, die nun in einer zweiten Stufe auch die Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und den Ländern überarbeiten soll. Meine Fraktion hat mich als eine der sechs Vertreter der SPD-Bundestagsfraktion in diese Kommission geschickt, die jetzt mit folgender Mannschaft in die Föderalismuskommission II startet: Volker Kröning (Sprecher), Petra Merkel, Peer Steinbrück, Dr. Peter Struck (Leiter der Kommission von Seiten des Deutschen Bundestags), Joachim Stüncker, Brigitte Zypries. Insgesamt besteht die Kommission aus je 16 Vertretern des Bundestages und 16 Vertretern der Länder.

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 77262 • 📠 (030) 227 – 76263

✉ petra.merkel@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Goethestr. 80 • 10623 Berlin • ☎ (030) 3138882 • 📠 (030) 31800168

www.petra-merkel.de



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Meine Meinung: Der Weg zu einer erfolgreichen Finanzreform wird sicherlich schwieriger sein als die 1. Föderalismuskommission. Allerdings bin ich sicher, dass wir nicht so sehr im Verborgenen arbeiten werden. Gerade die Finanzbeziehung zwischen dem Bund und den Ländern weckt starke Interessen – und damit hoffentlich auch eine intensive öffentliche Debatte. Notwendige Länderfusionen dürfen nicht tabuisiert werden. Und ebenso muss geklärt werden, wie der Schuldenstand insgesamt bei Ländern und Bund drastisch reduziert werden kann. Ein steiniger Weg liegt zwar vor uns - ich freue mich jedoch auf eine spannende und verantwortungsvolle Aufgabe.

Die Kommission wird Anfang kommenden Jahres ihre Arbeit aufnehmen. Den Vorsitz der Kommission sollen der Ministerpräsident von Baden-Württemberg Günther Oettinger sowie der SPD-Fraktionschef im Bundestag, Dr. Peter Struck, übernehmen.

Mehr Information hierzu:

http://www.bundestag.de/aktuell/archiv/2006/sitzung_kw50_fr/index.html

INITIATIVE 50PLUS UND RENTE MIT 67

Die Lebenserwartung steigt, die Bundesbürger bleiben länger gesund, sie könnten mehr Jahre arbeiten und trotzdem noch einen längeren Ruhestand genießen als ihre Eltern und Großeltern. Zudem braucht die Arbeitswelt von morgen alle Generationen mit ihren jeweiligen Fähigkeiten und Erfahrungen. Vor diesem Hintergrund hat die Regierungskoalition zwei Gesetzesinitiativen in 1. Lesung eingebracht. Mit dem „Gesetzentwurf zur Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Menschen“ (Initiative 50plus) wird der Entwurf eines „RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz“ (Rente mit 67) flankiert.

Die Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre darf nicht ausschließlich als Instrument zur nachhaltigen Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung angesehen werden. Damit soll auch ein verbindliches Signal gegeben werden, dass sowohl eine Umorientierung in der Haltung zur Rolle der Älteren in Gesellschaft und Wirtschaft notwendig ist, als auch konkrete Verhaltensänderungen folgen müssen.

Maßnahmen der Initiative 50 Plus

- **Kombilohnelemente:** Ältere werden bei der Aufnahme einer geringer bezahlten Tätigkeit durch einen Ausgleich beim Nettolohn unterstützt. Die Differenz zwischen dem früheren und dem geringeren neuen Nettogehalt wird im ersten Jahr zu 50 und im zweiten Jahr zu 30 Prozent ausgeglichen. Diesen Anspruch erhalten Arbeitslose ab dem 50. Lebensjahr, die einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I von mindestens 120 Tagen haben. Zusätzlich werden die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung aus der neuen Beschäftigung zu 90 Prozent der früheren Beiträge bezuschusst. Unternehmen, die Ältere einstellen, können zum Lohn einen neu gestalteten Eingliederungszuschuss erhalten. Voraussetzung ist eine Beschäftigungsdauer von mindestens einem Jahr.



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

- Die Befristungsregelung für Ältere ab dem 52. Lebensjahr wird erleichtert: Die Höchstbefristungsdauer bei demselben Arbeitgeber beträgt dann fünf Jahre.
- Förderung der beruflichen Weiterbildung: Beschäftigte in Betrieben mit bis zu 250 Mitarbeitern (bisher 100) erhalten künftig bereits ab dem 45. Lebensjahr (bisher ab 50) Bildungsgutscheine für zertifizierte Weiterbildungen.

Rente mit 67

Ab 2012 wird das Renteneintrittsalter schrittweise um einen Monat, ab 2024 um zwei Monate pro Jahr erhöht, so dass ab 2029 das gesetzliche Renteneintrittsalter bei 67 Jahren liegt. Für die Geburtsjahrgänge ab 1964 gilt die Regelaltersgrenze 67 Jahre. Versicherte, die mindestens 45 Pflichtbeitragsjahre aus Beschäftigung, Kindererziehung und Pflege erreicht haben, können weiter mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen. Um kindererziehende Elternteile nicht zu benachteiligen, werden hierbei auch Kinderberücksichtigungszeiten bis zum 10. Lebensjahr des Kindes angerechnet.

Wichtige Ausnahmen

Vereinbarungen zu Altersteilzeitarbeit genießen besonderen Vertrauensschutz. Die bisherigen Altersgrenzen für den Renteneintritt gelten weiter. Stichtag hierfür ist der 1. Januar 2007. Von der Anhebung auf 67 Jahren ausgenommen werden somit vor 1955 geborene Personen, die vor 2007 verbindlich Altersteilzeitarbeit vereinbart haben. 63-jährige und ältere Erwerbsgeminderte mit 35 Beitragsjahren können bis Ende 2023 weiterhin abschlagsfrei eine Erwerbsminderungsrente beziehen. Ab 2024 werden hierfür 40 Beitragsjahre erforderlich sein.

2007

Für das kommende Jahr stehen wieder grundsätzliche Entscheidungen an:

- Unternehmenssteuerreform
- Reform der Erbschaftssteuer, um die Unternehmensnachfolge zu erleichtern – insbesondere bei Familienunternehmen.
- Gesundheitsreform

Ich bin sicher, dass noch inhaltliche Auseinandersetzungen notwendig sein werden. Zur Gesundheitsreform bieten wir als Berliner Landesgruppe die dritte Informationsveranstaltung an:

FRAKTION VOR ORT ZUR GESUNDHEITSREFORM

Die Landesgruppe Berlin (der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten) veranstaltet eine Reihe von Informationsveranstaltungen zur Gesundheitsreform. Nach einer Fachanhörung mit Vertretern der Ärztekammer, Krankenkassen und Apotheken haben wir am 28. November 2006 in den Bundestag eingeladen, um Genossinnen und Genossen über die geplante Gesundheitsreform zu informieren.



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Elke Ferner, MdB, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, war an den Verhandlungen zur Gesundheitsreform beteiligt und stand uns als Referentin zur Verfügung. Über 300 Berlinerinnen und Berliner folgten unserer Einladung und diskutierten mit uns Berliner SPD-Abgeordneten über die Gesundheitsreform.

Im Januar wird die nächste Veranstaltung als Fraktion vor Ort Veranstaltung folgen, als Gast konnten wir hierfür die Bundesministerin Ulla Schmidt gewinnen. Die Veranstaltung findet am 16. Januar 2007 statt.

Eine Anmeldung hierzu ist bis zum 6. Januar 2007 an die Landesgruppe Berlin Swen Schulz, MdB unter swen.schulz@wk.bundestag.de unbedingt erforderlich.

AIDS INTERNATIONAL UND NATIONAL BEKÄMPFEN

Am 1. Dezember 2006, dem Weltaidstag, hat der Bundestag den fraktionsübergreifenden Antrag „Weltaidstag 1. Dezember 2006 – Die besondere Verantwortung für Entwicklungsländer unterstreichen“ Antrag der Koalitionsfraktionen „Maßnahmen zur Bekämpfung von HIV/Aids in Deutschland“ beschlossen.

Krankheit nimmt weltweit zu

25 Jahre nach der Entdeckung von Aids nimmt die Krankheit weltweit weiter zu. Jährlich infizieren sich etwa 5 Millionen Menschen neu und jeden Tag sterben 8.000 Menschen an der Pandemie. Besonders hart betroffen ist Afrika. Aber mittlerweile verbreitet sich die Krankheit auch verstärkt in Zentralasien und Osteuropa. Betroffen sind vor allem Frauen und arme Menschen. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft und des G8-Vorsitzes 2007 eine aktive und gestaltende Rolle im Bereich der HIV/Aids-Bekämpfung in Entwicklungsländern zu übernehmen und gesellschaftliche, soziale sowie wirtschaftliche Entwicklungen zu fördern.

Doch auch in Deutschland ist zu beobachten, dass sich trotz aller Anstrengungen seit den achtziger und neunziger Jahren mittlerweile eine gewisse Sorglosigkeit bei der HIV/Aids-Prävention entwickelt hat. Die Bundesregierung wird mit dem Antrag unter anderem aufgefordert, den im Koalitionsvertrag angekündigten Aktionsplan zur Bekämpfung von HIV und Aids vorzulegen. Außerdem sollen die bisher durchgeführten Präventionskampagnen evaluiert und an die aktuellen Entwicklungen angepasst werden.

Dies und das

WIR UND DIE ANDEREN



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Am 5. Dezember war ich Teilnehmerin einer Podiumsdiskussion der FES – Friedrich-Ebert-Stiftung – zum Thema...„Wir“ und „die Anderen“. Die Rolle der Printmedien bei Ausgrenzung und Integration“.

Bei dieser Konferenz wurden Fragen zur Verantwortlichkeit der Medien im Integrationsprozess erörtert und eine Studie über Rassismus in den Printmedien während der Fußball WM vorgestellt. In zwei Gesprächsrunden wurden Chancen, Grenzen und Probleme der Integration diskutiert.

Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus äußern sich nicht nur in gewalttätigen Übergriffen auf Anders-Aussehende bzw. Anders-Denkende, sondern sind im Alltag, im alltäglichen Sprachgebrauch, in politischen und medialen Diskursen verankert. Gerade die Berichterstattung in den Medien hat entscheidenden Einfluss bei Integrations- und Ausgrenzungsprozessen. Der Zusammenhang von medialer Berichterstattung und Aus- bzw. Eingrenzung von Personengruppen sowie Möglichkeiten und Grenzen der (Print-)Medien, zu einer besseren Integration der Gesellschaft beizutragen, steht im Mittelpunkt der geplanten Konferenz.

Das 1. Panel „Wir und die Anderen. Diskurse von Ausgrenzung und Gemeinschaft in den Printmedien während der Fußball-WM 2006“ ging der Frage nach, wie die Printmedien über „die Anderen“, „das Fremde“, Menschen mit Migrationshintergrund und die deutsche „Wir-Gruppe“ berichten. Zu Beginn dieser Paneldiskussion stellte Rainer Riehle vom Institut für internationale Sozialforschung (INFIS) eine im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung entstandene Studie zu Fremd- und Eigendarstellungen, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit sowie Diskursen von Ein- und Ausgrenzung in Boulevardzeitungen aus Deutschland (Bild), Österreich (Kronen-Zeitung) und der Schweiz (Blick) vor.

In dem 2. Panel „Konstruktion eines Gemeinschaftsgefühls. Möglichkeiten und Grenzen von Integration durch die Medien“ wurde vertieft analysiert, welche Integrationspotenziale (Print-)Medien aufweisen und was sie zu einer integrierten Gesellschaft beitragen können: In welche Gemeinschaft wollen wir andere integrieren? Welcher Handlungsbedarf besteht, damit Medien nicht fremdenfeindliche Stereotype reproduzieren? Sind wir auf dem Weg zu einem „entspannten Patriotismus“ oder ist auch dies nur eine mediale Eintagsfliege während der WM geblieben?

Gemeinsam mit Dr. Ilka Desgranges, Redaktionsleiterin Saarbrücker Zeitung ehem. Sprecherin des Deutschen Presserats, Rita Kuczinsky, Autorin und freie Journalistin und Prof. Dr. Andreas Zick, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Bielefeld, Fakultät für Mathematik und Naturwissenschaften der TU Dresden, Sozialpsychologie diskutierte ich unter Moderation Ferdos Forudastan, Westdeutscher Rundfunk Köln über Presse und Verantwortung der Presse, Identitäten verschiedener Nationen aber auch verschiedener deutscher Lebensläufe. Ein spannendes Thema, zu dem es sicherlich noch viel mehr zu sagen gibt.

MEHRGENERATIONENHÄUSER



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat nach der ersten Ausschreibungsphase bereits 62 Projekte angenommen. Aufgrund der guten Bewerbungslage wurden jetzt vom BMFSFJ bis Ende des Jahres weitere Einrichtungen aus dieser Phase nachnominiert.

Im Frühjahr 2007 soll die zweite formale Ausschreibungsphase beginnen. Insgesamt sollen bis 2010 mit dem Programm 439 Häuser deutschlandweit entstehen. Weitere Informationen über die ersten Häuser, das Programm, Förder- und Bewerbungsmodalitäten finden Sie unter:

<http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/Familie/mehrgenerationenhaeuser.html>.

Bei Fragen zu den Bewerbungen steht auch die Serviceagentur des Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser unter Antrag@Mehrgenerationenhaeuser.de oder telefonisch unter 0180 - 3 44 44 55 zur Verfügung.

Termine

NEUJAHRSEMPFANG IN DER GOETHE80

Am Montag, den 8. Januar 2007, findet der jährliche Neujahrsempfang im Wahlkreisbüro und SPD-Bürgerbüro, Goethestraße 80, statt.

Sie, Ihre Freunde und Bekannten, Nachbarn und Kollegen sind herzlich eingeladen, ab 16.00 Uhr zum Feiern und Reden und Wiedersehen in der Goethe 80 vorbeizuschauen.